

Zu den Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Sabine Andresen ist seit 2011 Professorin für Sozialpädagogik und Familienforschung am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Zu ihren Forschungsthemen gehören historische Kindheits- und Familienforschung im 20. Jahrhundert, erziehungswissenschaftliche Forschung zu den Auswirkungen von Armut, Prävention und Forschung zu sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Zusammen mit einem Team aus Frankfurt und Hildesheim hat sie zu den Auswirkungen von COVID-19 auf Jugendliche und Familien gearbeitet. Zwischen 2016 und 2021 war sie als Vorsitzende der „Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs“ tätig und hat zu Grenzen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Aufarbeitung publiziert.

Prof. Dr. Wolfgang Benz war bis März 2011 Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und wirkte als Gastprofessor u.a. in Australien und Bolivien. Benz ist tätig als Autor und Herausgeber von Buchreihen und Zeitschriften. Unter seinen zahlreichen Publikationen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zu Nationalsozialismus, Antisemitismus und Problemen von Minderheiten erschienen zuletzt unter seiner Herausgeberschaft: „Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen“, Berlin 2020 und „Deutsche Herrschaft. Nationalsozialistische Besatzung in Europa und die Folgen“, Freiburg 2022. Benz ist Mitglied des PEN.

Dr. Angelika Censebrunn-Benz studierte Neuere Deutsche Geschichte und Philologie an der Technischen Universität Berlin. Ihre Forschung und Publikationen befassen sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus, insbesondere zum KZ-System, und der DDR-Geschichte. 2011 bis 2017 war sie Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag, mehrere Jahre im Büro von Iris Gleicke, der ehemaligen Ostbeauftragten der Bundesregierung. Die Autorin war Initiatorin und Projektleiterin des Projektes „Zeitzeugenarchiv ehemaliger Heimkinder der DDR“ und seit 2019 ist sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Heimerziehung in Spezialheimen der DDR“ in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau tätig.

Uta Gerlant ist Osteuropahistorikerin. Von 2001 bis 2016 arbeitete sie in der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft; dort zunächst als

Teamleiterin zur Überprüfung der Antragsbearbeitung für Auszahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen in der Ukraine und in Polen, ab 2008 als Vorstandsreferentin. Von 2016 bis 2020 leitete Gerlant die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam. Seitdem ist die Autorin als freie Historikerin tätig. Sie ist (nach einer ersten Periode 2009 bis 2016) erneut seit 2020 gewähltes Mitglied des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Gerlant ist Mitherausgeberin und Mitautorin der 2017 in Berlin erschienenen Publikation „The German Compensation Program for Forced Labor: Practice and Experiences“.

Margret Hamm wirkt als Geschäftsführerin des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ). Sie studierte an der Universität Bielefeld Geschichte, Deutsch und Wirtschaftslehre auf Lehramt. Schwerpunkte ihres Studiums waren die Geschichte der Weimarer Republik und die des Nationalsozialismus. Durch ihre Arbeit für den BEZ pflegt sie seit vielen Jahren Kontakt mit Zwangssterilisierten und Angehörigen der „Euthanasie“-Opfer und engagiert sich für die Belange der Betroffenen. Sie ist Herausgeberin des Themenbandes „Lebensunwert – zerstörte Leben“ und „Ausgegrenzt! Warum? Zwangssterilisierte und Geschädigte der NS-Euthanasie“ in der Bundesrepublik Deutschland“.

Georg Härpfer ist Dipl.-Verwaltungswirt im Ruhestand. Er arbeitete als Vorstandsmitglied bei der Deutsch-Israelischen-Gesellschaft von 1992 bis 2002. 2002 bis 2006 wirkte Härpfer als Stellvertretender Landesvorstand in der AG Lesben und Schwule in der SPD-Berlin; 2008 bis 2018 war der Autor außerdem tätig als Vorstandsmitglied in der Schwulenberatung Berlin und von 2015 bis 2019 als Vorstandsmitglied in der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren (BISS) mit dem Arbeitsschwerpunkt: Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Paragraphen 175-StGB.

Wolfgang Kaleck ist Fachanwalt für Strafrecht in Berlin. 2007 gründete er gemeinsam mit internationalen Anwält*innen das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Von Beginn an fungiert er als dessen Generalsekretär. Zudem ist Kaleck als Publizist tätig. 2021 veröffentlichte der Autor beim S. Fischer Verlag „Die konkrete Utopie der Menschenrechte“ und 2020 zusammen mit Karina Theurer den Sammelband „Dekoloniale Rechtskritik und Rechtspraxis“ beim Nomos Verlag. In Anerkennung seines Engagements und seiner juristischen Arbeit im Rahmen des ECCHR wurde Kaleck mehrfach ausgezeichnet – u.a. mit dem Bruno-Kreisky-Preis für besondere Verdienste um die Menschenrechte und dem Hermann-Kesten-Preis des PEN-Zentrums Deutschland.

Prof. Dr. Manfred Kappeler war nach der Lehre zum Bäcker, der Ausbildung zum Sozialarbeiter und zum Diplompädagogen zunächst 25 Jahre in der Praxis der Sozialen Arbeit tätig: Heimerziehung, Bewährungshilfe, Offene Jugendarbeit u.a. markieren seine Einsatzfelder. 1989 bis 2005 hatte er eine Professur für Erziehungswissenschaften/Sozialpädagogik an der Technischen Universität Berlin inne. In deren Rahmen befasste sich Kappeler schwerpunktmäßig u.a. mit der Geschichte und Theorien der Sozialen Arbeit. Seit 2005 unterstützt er die Initiative der Ehemaligen Heimkinder für ihre Rehabilitation und Entschädigung und verfasste diverse Veröffentlichungen zu diesem Thema. Er ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift „Widersprüche“. 2015 wurde Kappeler mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Dr. Ulrich Karpenstein arbeitet seit dem Jahr 2000 als Anwalt in der überörtlichen Sozietät Redeker Sellner Dahs. Er ist dort auf öffentliches Recht, insbesondere Verfassungs- und Europarecht, spezialisiert. Karpenstein wirkt überdies als Lehrbeauftragter der Humboldt-Universität Berlin und ist Mitherausgeber der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW) und der Europäischen Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW), des Münchener Kommentars zum Beihilfenrecht sowie eines Kommentars zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Karpenstein hat die Bundesregierung und andere Akteure zur Entschädigung für Verletzungen des Kriegsvölkerrechts beraten. Der in diesem Sammelband veröffentlichte Beitrag gibt nicht notwendig die Auffassung seiner Mandanten wieder.

Natalie Kowalczyk arbeitet als Rechtsanwältin in Berlin. Sie ist gleichzeitig Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsverbund „Landschäften der Verfolgung“ im Teilprojekt „Rechtsfolgen politischer Verfolgung im wiedervereinigten Deutschland“ mit dem Schwerpunkt der Rehabilitierung und der Entschädigung strafrechtlicher Verfolgung, einschließlich der Verurteilungen durch Sowjetische Militärtribunale. Die Autorin ist überdies Mitglied der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Birgit Neumann-Becker studierte Theologie 1982 bis 1988 in Halle/Saale. Sie ist Pfarrerin, Religionspädagogin, Erwachsenenbildnerin und Supervisorin (Deutsche Gesellschaft für Supervision und Coaching e.V., DGsV). Als Schülerin arbeitete die Autorin in der Jungen Gemeinde, als Studentin in der Gruppe "Frauen für den Frieden Halle", im Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde Halle sowie bei Aktion Sühnezeichen mit. Seit 2013 wirkt Neumann-Becker als die vom Landtag gewählte Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Sachsen-Anhalt. Sie pu-

bliziert lebhaft zu DDR-Unrecht in Bezug auf die historische Aufarbeitung und soziale und gesundheitliche Folgeschäden, zuletzt „Orte der Repression in Sachsen-Anhalt 1945–1989“ (erschienen online, 2021) und 2022 „Abgeholt, verschwunden, hingerichtet. Politische Verfolgung in Sachsen-Anhalt 1945–1953“.

Prof. Dr. paed. habil. Giselher Spitzer, erwarb 2000 die Venia Legendi für Sportwissenschaft, lehrte als Privatdozent an der Freien Universität Berlin sowie ab 2002 an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2009 hat der Autor die apl. Professor für Sportwissenschaft erhalten. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sport und Gesellschaft, Doping als Spezialfall des Enhancement, sowie Prävention und Sport. Der Autor koordinierte das BMBF-Verbundprojekt „Translating Doping“ und gibt seit 2009 zusammen mit anderen die Schriftenreihe „Doping, Enhancement, Prävention in Sport, Freizeit und Beruf“ heraus. Spitzer hat als Ehrungen u.a. die „Heidi-Krieger-Plakette“ bei der „Unterstützung von dopinggeschädigten Sportlern und der Verhinderung von Doping im Sport“ erhalten.

Marcus Velke-Schmidt, M.A. arbeitet als freier Historiker und promoviert zur estnischen Diaspora in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1991 an der Universität Bonn. 2017 bis 2020 war er als Mitarbeiter der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren BISS e.V. in der Beratung der Anspruchsberechtigten des „Gesetzes zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen“ (StrRehaHomG) tätig. Velke-Schmidt veröffentlichte reichlich zur Geschichte v.a. der baltischen Displaced Persons und „heimatlosen Ausländer“ sowie zur Geschichte der Repression und Emanzipation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert.

Dr. Sylvia Wagner studierte Pharmazie an der Universität Münster und promovierte zum Thema „Arzneimittelstudien an Heimkindern in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1975“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und dem Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin, Universität Düsseldorf. Wagner arbeitet freiberuflich als Pharmaziehistorikerin.

Prof. Dr. Johannes Weberling ist Rechtsanwalt in Berlin und wirkt gleichzeitig als Honorarprofessor für Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). An der Viadrina koordiniert er den Schwerpunktbereich 7 Medienrecht der Juristischen Fakultät. Dort initiierte und leitet er überdies die Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“. Er ist Sprecher der Art. 10 EMRK-Arbeitsgruppe. Weberling ist Schriftleiter und Mit-

herausgeber der „Neuen Justiz“ (NJ) sowie Mitherausgeber der „AfP Zeitschrift für das gesamte Medienrecht“. Seine wichtigsten Veröffentlichungen sind „Für Freiheit und Menschenrechte“, Düsseldorf 1990; „Stasi-Unterlagen-Gesetz, Kommentar“, Köln 1993; „Handbuch des Presserechts“ (zusammen mit Reinhart Ricker), das 2021 bereits in der 7. Auflage erschienen ist.

Der Herausgeber

Prof. Dr. Valentin Aichele, LL.M. (Adelaide) arbeitete von 2005 bis 2020 am Deutschen Institut für Menschenrechte, zunächst als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, ab 2009 als Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behinderungsrechtskonvention des Instituts. Seit 2020 ist Aichele Professor an der Hochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung (Fachbereich Sozialversicherung in Berlin). Schwerpunkte seiner Lehrtätigkeit sind das Verfassungs- und Sozialverwaltungsrecht, in seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit u.a. Menschenrechte, Gleichheit, Inklusion, Vulnerabilität. Als Herausgeber publizierte Aichele 2013 „Das Menschenrecht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht“ im Nomos-Verlag.

